

N I E D E R S C H R I F T

über die 30. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

vom:	28.01.2003
von:	16:30 Uhr
bis:	19:40 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie:

Stv Strunk, Christine - als Vorsitzende -
AM Bäbler, Walter
AM Dehmel, Michael
Stv Fries, Traute
Stv Heupel, Rüdiger - für Stv Gierlich, Michael -
AM Klein, Hermann - für AM Hecker, Heribert -
AM Klein, Marc
Stv Müller, Heinz - für Stv Steuber, Burkhard; bis 18.30 Uhr, während TOP 7 öT -
AM Schäfer, Friedrich-Wilhelm - für Stv Müller, Manfred -
Stv Schiemer, Hansgeorg - bis 19.30 Uhr, während TOP 3 nÖT -
Stv Stahl, Markus
AM Vetter, Wolfgang
AM Dr. Volz, Peter

II. Beratende Mitglieder:

AM Brandl, Willi
AM Gottwald, Ernst
AM Schneider, Walter
AM Zapletal, Martin - für AM Banken, Ulrich, bis 18.50 Uhr, während TOP 12 öT -

III. Als Zuhörer:

AM Kubosch, Ralf

IV. Von der Verwaltung:

StBR Brune
Dipl.-Ing. Schul
Städt. BD Bonstein
VA Bernshausen
Städt. OVR Dr. Kraft
Städt. OVR Düber
VA Röcher
Dipl.-Ing. Weidt
StAR Erner
Dipl.-Ing. Winkel
Stl z. A. Witt - als Schriftführerin -

Nicht anwesend waren:

Stv Gierlich, Michael
AM Hecker, Heribert
Stv Müller, Manfred
Stv Steuber, Burkhard

Zur Tagesordnung:

Zu TOP 13 des öffentlichen Teils erfolgt eine Mitteilung der Verwaltung, die vor TOP 5 abgehandelt wird.
Der nichtöffentliche Teil wird um den nachgereichten TOP 3 erweitert.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (SPD)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Dehmel bestimmt.

30. AfULE 28.01.2003

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.12.2002

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

30. AfULE 28.01.2003

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

30. AfULE 28.01.2003

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

30. AfULE 28.01.2003

5. Beratung des Verwaltungsentwurfs von Haushaltssatzung / Haushaltplan 2003 einschließlich des Investitionsprogramms 2002-2006

Herr Erner geht auf die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein, vor deren Hintergrund die Haushaltsplangestaltung 2003 zu sehen ist. Die vorrangigen Ziele des Haushaltsausgleiches und der Vermeidung einer Nettoneuverschuldung konnten im vorliegenden Entwurf bedauerlicherweise nicht erreicht werden.

Der *Verwaltungshaushalt* weist einen originären Fehlbedarf (strukturelles Defizit) i. H. v. 12,7 Mio. € aus. Inklusiv der Abdeckung des Fehlbetrages aus 2001 ergibt sich ein Gesamtfehlbedarf i. H. v. 37,4 Mio. €. Zu bedenken ist, dass auf der Einnahmeseite in 2003 eine Zuführung vom Vermögenshaushalt aus der Verwertung von RWE-Aktien i. H. v. 8 Mio. € einkalkuliert ist, durch die der originäre Fehlbedarf 2003 in dem genannten Rahmen gehalten werden kann. Da die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr sogar um 0,25 % gesenkt werden konnten, sind die Hauptgründe für den nicht ausgeglichenen Haushalt 2003 auf der Einnahmeseite zu suchen. Insbesondere die schlechte Entwicklung im Bereich der immer unsicherer zu prognostizierenden Gewerbesteuer, aber auch die Negativtendenz bei den Schlüsselzuweisungen, sind für die Situation verantwortlich. Weitere verschlechternde Korrekturen von Einnahmeerwartungen sind im Änderungsdienst auf Grundlage der Ergebnisse des „Arbeitskreises Steuerschätzung“ von Mitte November 2002 vorzunehmen.

Im *Vermögenshaushalt* belaufen sich die Gesamteinnahmen und die Gesamtausgaben auf 47,8 Mio. €. Das Investitionsvolumen beträgt ca. 20,9 Mio. €, durch die im Rahmen des Jahresabschlusses 2002 zu erstellende Änderungsliste (z. B. Neuveranschlagung Busdispositionssystem und Busbereitstellungsplatz) ist jedoch eine Erhöhung absehbar. Der derzeitige Entwurf sieht eine Kreditaufnahme von rd. 4,3 Mio. € vor. Tilgungsleistungen sind mit rd. 100 T€ niedriger kalkuliert, so dass in dieser Höhe eine Netto-Neuverschuldung ausgewiesen werden muss. Eine solche kann in Folgejahren eventuell nur durch Verschieben oder durch Verzicht auf Investitionen vermieden werden.

Der Schuldenstand beläuft sich auf nahezu unverändert 104 Mio. €.

Kassenkredite müssen auch in 2003 in großem Umfang aufgenommen werden, die Haushaltssatzung ermächtigt zu einer maximalen Aufnahme i. H. v. 100 Mio. €.

Das Haushaltssicherungskonzept sieht nach erneuter Überarbeitung einen originär

ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2007 und einen gänzlich ausgeglichenen Haushalt in 2013 vor. Diese Angaben sind mit erheblichen Risiken belastet. Insbesondere ist weiterhin in erheblichem Maße städtisches Vermögen zu veräußern.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege des Rates der Stadt Siegen berät die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsansätze. Zu folgenden Positionen werden Anmerkungen, Hinweise und Bitten vorgebracht:

ALLGEMEINE ANMERKUNGEN:

Frau Fries gibt eine Erklärung im Namen ihrer Fraktion ab, wonach sie dem Haushaltsentwurf nicht zustimmen wird. Bei der Einbringung des Haushaltes 2003 am 18.12.2002 haben sowohl der Bürgermeister als auch der Kämmerer darauf hingewiesen, dass der vorgelegte Haushalt sehr risikobehaftet ist. Unter den jetzigen Vorzeichen

- der sich andeutenden pauschalen Ablehnung der von Bürgermeister und Kämmerer unterbreiteten Kürzungsvorschläge sowie
 - der bisherigen Nichtvorlage anderweitiger Finanzierungsmöglichkeiten
- durch die Mehrheitsfraktion sieht sich die SPD-Fraktion außerstande, eine seriöse Beratung zu gewährleisten.

Frau Strunk erklärt im Namen ihrer Fraktion, dass der Haushalt abgelehnt wird, weil insgesamt falsche Prioritäten zugunsten der Großprojekte oder überflüssiger Projekte gesetzt worden sind. In Bereichen innerhalb derer auch Umweltbelange tangiert sind wie z. B. Energiesparmaßnahmen in Schulen oder die Nutzung von regenerativer Energien geschieht nichts. Diese grundsätzliche Verteilung der Haushaltsmittel vernachlässigt die Umweltarbeit und verhindert eine innovative Stadtentwicklung.

VERWALTUNGSHAUSHALT

HHSt. 1.120.5710.2 - Umweltschutzmaßnahmen

Beschluss (auf Antrag von Herrn Schiemer):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.120.5710.2 - Umweltschutzmaßnahmen - auf 3.000 € zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür (CDU, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN),
5 dagegen (SPD, UWG), 0 Enthaltungen**

HHSt. 1.120.5700.5 - Veranstaltungen zum Umweltschutz

Frau Strunk beantragt die Erhöhung des Ansatzes auf 4.000 €, da die Öffentlichkeitsarbeit weiter unterstützt und gefördert werden muss.

Beschluss (auf Antrag von Frau Strunk):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.120.5700.5 - Veranstaltungen zum Umweltschutz - auf 4.000 € zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür (CDU, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN),
5 dagegen (SPD, UWG), 0 Enthaltungen**

HHSt. 1.120.7180.6 - Zuschüsse zu Umweltschutzmaßnahmen

Beschluss (auf Antrag von Herrn Schiemer):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.120.7180.6 - Zuschüsse zu Umweltschutzmaßnahmen - auf das Vorjahresniveau in Höhe von 3.500 € zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür (CDU, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN),
5 dagegen (SPD, UWG), 0 Enthaltungen**

HHSt. 1.580.5101.0 - Baumsanierung und Baumpflege

Beschluss (auf Antrag von Herrn Kubosch):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.120.5101.0 - Baumsanierung und Baumpflege - auf 8.000 € zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 1 Stimme dafür (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 12 dagegen,
0 Enthaltungen**

Damit ist der Antrag abgelehnt.

HHSt. 1.580.7180.0 - Zuschüsse für private Baumpflegemaßnahmen

Da laut Auskunft von Herrn Dr. Kraft nur wenige Anträge auf Zuschüsse eingehen bzw. bewilligt werden, beantragt Herr Vetter, den Ansatz für 2003 auf 300 € zu reduzieren.

Herr Schiemer spricht sich demgegenüber für eine Anhebung des Ansatzes aus, um den Bürgern einen Anreiz zur Zuschussbeantragung zu geben.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Vetter):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.580.7180.0 - Zuschüsse für private Baumpflegemaßnahmen - auf 300 € zu reduzieren.

Beratungsergebnis: 1 Stimme dafür (UWG), 12 dagegen, 0 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Schiemer):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.580.7180.0 - Zuschüsse für private Baumpflegemaßnahmen - auf 1.500 € zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür (CDU, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN),
5 dagegen (SPD, UWG), 0 Enthaltungen**

HHSt. 1.720.1101.2 - Entgelte für die Benutzung des städt. Großhäckslers

Aufgrund des Jahresergebnisses 2002 beantragt Herr Schiemer, den Ansatz auf 7.000 € zu erhöhen.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Schiemer):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.720.1101.2 - Entgelte für die Benutzung des städt. Großhäckslers - auf 7.000 € zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 5 dagegen (SPD, UWG),
1 Enthaltung (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)**

VERMÖGENSHAUSHALT und INVESTITIONSPROGRAMM

HHSt. 1.120.9500.4 - Umweltschutzmaßnahmen

Beschluss (auf Antrag von Herrn Schiemer):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.120.9500.4 - Umweltschutzmaßnahmen - auf 15.000 € zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür (CDU, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN),
5 dagegen (SPD, UWG), 0 Enthaltungen**

HHSt. 1.591.9502.3 - Naherholungsgebiet Numbach, Baukosten

Beschluss (auf Antrag von Herrn Schiemer):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege appelliert an den Kämmerer, bei der HHSt. 1.591.9502.3 - Naherholungsgebiet Numbach, Baukosten - im Rahmen des Jahresabschlusses 2002 nicht verausgabte Mittel als Haushaltsrest in das laufende Haushaltsjahr zu übertragen.

**Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 5 dagegen (SPD, UWG),
1 Enthaltung (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)**

HHSt. 1.690.9500.0 - Ausbau von Wasserläufen

Frau Strunk bittet um einen Sachstandsbericht zu Maßnahmen, die über die genannte Haushaltsstelle abgewickelt werden.

**HHSt. 1.690.3615.2 - Renaturierungsmaßnahmen an Fließgewässern,
Landeszuweisung**

Frau Strunk möchte wissen, worauf die angesetzten Einnahmen in Höhe von 40 T€ basieren.

Herr Winkel sagt die Beantwortung als Anlage zur Niederschrift zu.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen, den Entwurf von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2003 einschließlich des Investitionsprogramms 2002-2006 mit den vorstehenden Änderungsempfehlungen zu beschließen.

**Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 6 dagegen (SPD, BÜNDNIS 90 /
DIE GRÜNEN, UWG), 0 Enthaltungen**

30. AfULE 28.01.2003

6. Rahmenplan Oberer Wellersberg

Vorlagenr. 2427/2003 - Vorlage vom 18.12.2002

Herr Weidt informiert, dass ein Teil der Flächen in Privatbesitz ist, so dass ein Umlegungsverfahren notwendig wird. Die Realisierung des 1. Bauabschnittes kann in drei bis vier Jahren erfolgen.

Auf Frage von Frau Strunk führt er aus, dass sich schutzwürdige Flächen nur außerhalb des Bebauungsplangebietes befinden.

Herr Schiemer beantragt einen Aufstellungsbeschluss auf Basis der Variante B vorzubereiten.

Herr Kubosch bittet, das Gebiet zum wiederholten Male genauestens auf Schutzflächen untersuchen zu lassen. Zudem weist er darauf hin, dass eine Nordhangbebauung vermieden werden sollte.

Frau Strunk hat grundsätzlich keine Einwände gegen eine bescheidene Bebauung. Sie sieht keinen weiteren Bedarf für Neubaugebiete in dieser Größenordnung im Stadtgebiet, zumal bis heute der Bedarf nicht nachgewiesen worden ist. Die vorgesehene Größe der Grundstücke ist für viel Familien nicht bezahlbar. Bei dem Gebiet am Wellersberg handelt es sich einerseits um ein Kaltluftentstehungsgebiet und andererseits um ein Naherholungsgebiet. Sie erkundigt sich bei der Verwaltung, ob die Beauftragung eines Gutachtens geplant ist und ob eine Informationsveranstaltung für die Anlieger durchgeführt werden soll.

Laut einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung besteht in Deutschland ein sehr großer Wohnungsbedarf, so Herr Schneider. Für die Zukunft ist eine Mietpreissteigerung zu erwarten. Auch die große Arbeitslosigkeit in der Baubranche sollte in die Entscheidung einbezogen werden.

Herr Schiemer weist darauf hin, dass derzeit die vorläufige Planung stattfindet. Bis zur Realisierung wird es noch Jahre dauern. Die Bürgerbeteiligungen wurden bisher immer sehr gewissenhaft durchgeführt. Das Gesamtinteresse muss im Vordergrund stehen, nicht Einzelinteressen der Anwohner im Umfeld des künftigen Baugebietes.

Auf Nachfrage von Frau Strunk, ob die für die Bebauung geplanten Flächen fachgerecht (entsprechend der LÖBF) auf ein Vorkommen von geschützten Biotopen nach dem LG NW untersucht worden sind, teilt Herr Dr. Kraft mit, dass eine Beantwortung der Niederschrift als Anlage beigelegt wird.

Beschlussvorschlag (mit Ergänzung auf Antrag von Herrn Schiemer):

Die Verwaltung wird beauftragt, unter den in der Vorlage genannten Prämissen den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan unter Zugrundelegung der Variante B vorzubereiten.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 dagegen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen

30. AfULE 28.01.2003

7. Betrieb von erdgasangetriebenen Fahrzeugen

Vorlagenr. 2465/2003 - Vorlage vom 07.01.2003

Frau Fries und Frau Strunk sind der Ansicht, dass ein Versuch gewagt werden sollte, um Erfahrungen zu sammeln.

Bezüglich der eigentlichen Beschaffung kann der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie gegenüber dem Vergabeausschuss lediglich eine fachliche Empfehlung aussprechen, so Herr Heupel.

Beschluss (geändert):

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen fordert, dass die Stadt Siegen, beginnend mit dem Fahrzeugbeschaffungsprogramm 2003, bei der Beschaffung von PKW alternative Angebote für Fahrzeuge mit Erdgasantrieb bei der Ausschreibung berücksichtigt. Einer der nächsten anzuschaffenden PKW's wird zu Testzwecken erdgasbetriebsfähig beschafft. Nach zwei Jahren wird dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie ein Erfahrungsbericht vorgelegt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen

30. AfULE 28.01.2003

**8. Baumschutz im Stadtgebiet Siegen;
hier: - Jahresbericht der städt. Baumkommission
- Jahresbericht über die Umsetzung der städt. Baumschutzsatzung**

Vorlagenr. 2459/2003 - Vorlage vom 13.01.2003

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

30. AfULE 28.01.2003

**9. Städt. Bezuschussung von Umweltprojekten;
hier: Sachstandsbericht**

Vorlagennr. 2458/2003 - Vorlage vom 07.01.2003

▶▶▶ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

30. AfULE 28.01.2003

**10. „Grünes Telefon“ und Umweltberatung der Stadt Siegen;
hier: Bericht für das Jahr 2002**

Vorlagennr. 2457/2003 - Vorlage vom 07.01.2003

▶▶▶ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

30. AfULE 28.01.2003

**11. Tätigkeitsbericht 2002 der Zivildienstleistenden in der Abteilung
Umwelt**

Vorlagennr. 2456/2003 - Vorlage vom 08.01.2003

▶▶▶ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

30. AfULE 28.01.2003

**12. Sitzung der städtischen Baumkommission am 19.12.2002;
hier: Beschlussempfehlungen**

Vorlagennr. 2462/2003 - Vorlage vom 13.01.2003

Herr Kubosch möchte die Arbeit der Baumkommission keinesfalls in Frage stellen. Zu TOP 16 der Niederschrift entgegnet er aber, dass eine Fällung der Linden nicht notwendig ist. Diese Auffassung wird durch einen von ihm befragten Sachverständigen geteilt. Im Alter werden viele dieser Bäume von innen hohl, stellen aber kein Risiko dar. Er beantragt daher, die Möglichkeit des Erhaltes der Bäume durch ein externes Gutachten überprüfen zu lassen.

Nach Auskunft der Verwaltung hat die Kommission alles Erdenkliche zum Schutz dieser Bäume unternommen, so dass Herr Schiemer dem Antrag nicht zustimmen kann.

Herr Düber weist auf das Risiko hin, dass die Bäume vor Jahren bei Straßenarbeiten an ihren Wurzeln beschädigt worden sein könnten. Diesen Schaden zeigte bereits

ein im Brüderweg umgestürzter Baum.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Kubosch):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege beschließt, die Möglichkeit des Erhaltes der zwei Linden im Brüderweg durch einen Sachverständigen überprüfen zu lassen.

**Beratungsergebnis: 1 Stimme dafür (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 11 dagegen,
0 Enthaltungen**

Damit ist der Antrag abgelehnt.

▶▶▶ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

30. AfULE 28.01.2003

13. Mitteilungen des Bürgermeisters

Betriebsunfall bei der Firma Gontermann & Peipers

Die Ausführungen von Herrn Brune sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

30. AfULE 28.01.2003

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich

Datum

Fachbereich

Fachbereichsleiter 1

Bearbeitet von:

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss V - West	13.01.2003
Bauausschuss	20.01.2003
Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie	28.01.2003
Haupt- und Finanzausschuss	29.01.2003

Betreff:

Rahmenplan Oberer Wellersberg

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, unter den genannten Prämissen den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan vorzubereiten.

Sachverhalt / Begründung:

Die Umnutzung der ehemals militärisch genutzten Flächen am Oberen Wellersberg stellt für die Stadt Siegen wegen der Lagegunst, der Topographie und der Eigentumsverhältnisse eine besonders günstige Gelegenheit dar, wertvolle Reserveflächen für die DRK-Kinderklinik sowie dringend benötigte Wohnbauflächen zu entwickeln.

Im Wohnbauflächenkonzept (Erarbeitung 2001) haben diese Flächen demgemäß eine hohe Bewertung erhalten und wurden in die oberste Priorität eingestuft. Die zuständigen städtischen Gremien haben diese Beurteilung bestätigt und die Verwaltung beauftragt, auf der Grundlage des vorgestellten Rahmenplanes die Bauleitplanung weiterzuentwickeln (Bezirksausschuss V, Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie, Verkehrsausschuss und Bauausschuss). Im Haupt- und Finanzausschuss wurde die Beratung zunächst zurückgestellt, da zwischenzeitlich wesentliche Änderungen in der Nutzungskonzeption der DRK-Kinderklinik vorgenommen wurden sowie Klärungsbedarf über die weitere Verwendung des im Plangebiet vorhandenen Sportplatzes bestand.

Nach Abklärung des endgültigen Flächenbedarfs für die Kinderklinik hat auf Antrag der CDU-Fraktion vom 12.02.2002 der Haupt- und Finanzausschuss am 06.03.2002 über die Problematik beraten und folgenden Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Ergänzung bzw. Abänderung der Vorlage Nr. 1536/01 „Wohnbauentwicklungsbereich Oberer Wellersberg“ folgende Punkte zu berücksichtigen:

2. Der Plan, auf der Konversionsfläche im Bereich der ehemaligen Kasernen Wohnbauten zu errichten, wird nicht weiterverfolgt.
2. Der vorhandene Kinderspielplatz sowie die Sportanlage bleiben möglichst am jetzigen Standort erhalten.

Die überarbeitete Planung wird folgenden Gremien vorgelegt:

- Bauausschuss
- Haupt- und Finanzausschuss
- Rat

Die Verwaltung hat daraufhin die Planung überarbeitet und in zwei Varianten die Problematik, insbesondere der Sportflächennutzung, dargestellt (s. Anlagen 1 = Variante A, 2.1 = Variante B und 2.2 = Detailplan).

Variante A

Die Erschließung der geplanten Wohnbauflächen erfolgt von der Wellersbergstraße aus über die Trasse der Panzerstraße mit abzweigenden Wohnstraßen in die Flächen des ehemaligen Munitionsdepots und die östlich davon gelegenen derzeitigen Wiesenflächen. Der derzeitige Spielplatz sowie die übrigen Sportplatz-Flächen bleiben ausgespart. Die Nutzung des Sportplatzes ist uneingeschränkt für alle Sportarten (insbesondere Fußballspiel) möglich. Nach geltendem Planungsrecht ist hierbei eine Bewältigung der Problematik „Sportflächen-Lärmemissionen“ erforderlich, da beide Nutzungen (Wohnen und Sport) in unmittelbarer Nähe unverträglich sind.

Bewertung der Variante A

Vorbemerkung

Auf eine Ermittlung der Lärmemissionen, die mit der Nutzung der vorhandenen Sportanlage verbunden sind, wurde verzichtet, da bereits für den nördlich des Plangebietes gelegenen Sportplatz „Charlottental“ eine gutachterliche Stellungnahme (Dipl.-Ing. Thomas Baierl, Sept. 2001) unter den gleichen Voraussetzungen erarbeitet wurde. Die Ergebnisse wurden sinngemäß auf den Sportplatz im Plangebiet übertragen.

Das Bundesinstitut für Sportwissenschaft hat in seiner Schriftenreihe „Sportanlagen und Sportgeräte“ den Bericht B 2/94 – Geräuschentwicklung von Sportanlagen und deren Quantifizierung für Immissionstechnische Prognosen – herausgegeben. Im Abschnitt 3 dieser Veröffentlichung werden die Geräuschemissionen des Fußballspiels ausführlich dargestellt.

Die Übertragung dieser Ergebnisse auf andere vergleichbare Fußballfelder ist unverändert möglich. Hierbei treten Emissionen aus der sportlichen Nutzung sowie aus den Verkehrsaufkommen auf, welche dem Sportplatz zuzurechnen sind.

Ohne zusätzliche Abschirmmaßnahmen überschreiten die Immissionspegel die Richtwerte einer benachbarten Wohnnutzung erheblich. Da von nahezu allen Wohnhausstandorten eine direkte Sichtverbindung zum Sportplatz bestehen würde, ist eine Reduzierung nur durch Einhaltung ausreichender Schutzabstände möglich. **Nach grober Überschlagsrechnung wäre dies nur gegeben, wenn die zukünftigen Wohnbauflächen ca. 150 m vom Sportplatz abrücken.**

Dies würde bedeuten, dass bis auf die Flächen des ehemaligen Munitionsdepots und eine kleinere anschließende Restfläche das Plangebiet von einer Wohnnutzung (WR/WA) freigehalten werden müsste (s. Anlageplan 1). Diese Zuordnung der Nutzungen ist aus städtebaulicher Sicht unwirtschaftlich und wenig sinnvoll, da eine zweckmäßige Abrundung der vorhandenen und neuen Wohnbauflächen (lediglich 7,5 ha zusätzliche Brutto-Wohnbauflächen) nicht möglich ist.

Variante B

Die Haupteerschließung erfolgt über eine Verlängerung der Wellersbergstraße und Verknüpfung mit der oberen Haroldstraße im Wohngebiet „Charlottental“. Von dieser Haupteerschließung aus zweigen hangaufwärts (nach Westen) mehrere Wohnstraßen ab, die die nach Südosten abfallenden Hangflächen erschließen. Das Erschließungssystem ist weitestgehend variabel und kann auf die geforderten Grundstücksgrößen abgestimmt werden.

Die Nutzung der Sportflächen wird auf den Schulsport beschränkt und das Fußballspiel auf dem Sportplatz „Charlottental“ integriert. Der vorhandene Spielplatz könnte zusätzlich am jetzigen Standort erhalten werden und die gesamte Anlage abrunden (Anlage 2.2).

Durch mehrere an die Stadt Siegen gerichtete Schreiben haben der „Initiativkreis Spiel- und Sportplatz Wellersberg e. V.“, die Schulkonferenz der Obenstruth-Schule sowie die Montessori-Kindertagesstätte auf den dringenden Bedarf an Spielplatz- und Schulsport-Flächen hingewiesen. Dieser Bedarf wurde von FB 4/1 ausdrücklich bestätigt. Weitere Bedarfe dieser Art werden durch die geplanten Wohnbauflächen sowie die bestehende und sich erweiternde DRK-Klinik entstehen. Diesen Belangen kann durch die Ausweisung der Schulsport-Anlage – ggf. mit einem 55 m x 45 m großen Kleinspielfeld, einer 100 m-Laufbahn und Weitsprunganlage - und des Spielplatzes im südlichen Planbereich sowie eines zusätzlichen Spielplatzes im nördlichen Planbereich (siehe Anlageplan B) Rechnung getragen werden. Insgesamt kann die geplante Ausstattung des Bereiches Oberer Wellersberg in dieser Größe als überdurchschnittlich bewertet werden.

Bewertung der Variante B

Die Variante B stellt einen Kompromiss der unterschiedlichen Belange im Planbereich dar. Die heutigen und zukünftigen Bedarfe der DRK-Kinderklinik werden vollständig abgedeckt und können – falls erforderlich – unabhängig von den übrigen Nutzungen entwickelt werden (1. BA). Ebenso könnte die Schulsportanlage sowie die endgültige Herrichtung des Spielplatzes unter Berücksichtigung der späteren Haupteerschließungsstraße erfolgen (2. BA). Die Erweiterung der Wohnbauflächen ist auf

der Grundlage des Vorentwurfes ebenfalls in Bauabschnitten möglich, insgesamt könnten Brutto-Wohnbauflächen in einer Größe von 16,5 ha entstehen. Diese Größenordnung stellt einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Wohnbauflächenbedarfes dar, die Qualität des Wohnstandortes ist überdurchschnittlich. Die in dieser Planvariante dargestellte Abrundung zwischen vorhandener und projektierter Wohnbebauung ist plausibel und entspricht den allgemein gültigen Planungsgrundsätzen. Dies schließt nicht aus, dass langfristig eine Erweiterung der Wohnbauflächen in nördliche Richtung erfolgen kann.

Resümee:

Nach Abwägung aller Kriterien bietet aus der Sicht der Verwaltung die Variante B gute Voraussetzungen, um den Klinik-Standort, die möglichen Wohnbauflächen und die integrierte Sport- und Spielplatz-Nutzung angemessen zu entwickeln. Die weiterführende Planung sollte auf der Grundlage dieser Variante erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	---------------------------------------	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 8 / Stadtreinigung
Bearbeitet von: Jürgen Röcher

Datum
07.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

28.01.2003

Betreff:

Betrieb von erdgasangetriebenen Fahrzeugen

Beschlussvorschlag:

Beginnend mit dem Fahrzeugbeschaffungsprogramm 2003 fordert die Stadt Siegen bei der Beschaffung von PKW alternative Angebote mit Erdgasantrieb an. Einer der nächsten anzuschaffenden PKW's wird zu Testzwecken mit Erdgasantrieb beschafft. Nach zwei Jahren wird dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie ein Erfahrungsbericht vorgelegt.

Sachverhalt / Begründung:

Auftrag

Der Rat der Stadt Siegen hat am 17. 7. 2002 die Verwaltung beauftragt, die Möglichkeiten zu untersuchen, welche städtischen Fahrzeuge mit Erdgas betrieben werden können. Außerdem soll aufgezeigt werden, mit welchem Kosten-Nutzen-Verhältnis der jetzige Fuhrpark auf Erdgas umgerüstet werden kann.

Ausgangslage

Der Betrieb von Erdgasfahrzeugen scheiterte in der Vergangenheit an der unzureichenden Tankmöglichkeit. Bei den Siegener Versorgungsbetrieben stand bis Juni 2001 lediglich eine Langzeittankstelle für Erdgas zur Verfügung. Für einen Tankvorgang wurden dabei mehr als 10 Stunden benötigt. Unter einsatztaktischen Gesichtspunkten war dies ausschlaggebend für den Verzicht auf erdgasbetriebene Fahrzeuge.

Seit Juni 2001 haben die SVB allerdings die Erdgastankstelle auf Kurzzeitbetrieb umgerüstet. Nunmehr kann Erdgas ebenso schnell und einfach wie Benzin an jeder sonstigen Tankstelle getankt werden.

Erfahrungswerte

Die SVB betanken derzeit 35 erdgasbetriebene Fahrzeuge Dritter und mehrere eigene PKW und Kleintransporter. Diese eigenen Fahrzeuge sind bivalent, d. h. sie besitzen einen Otto-Motor mit zusätzlichem Gastank und können mittels Hebel oder Knopfdruck von einer Kraftstoffart zur anderen umgeschaltet werden. Mit Gasantrieb haben sie eine Reichweite von ca. 200 km.

Wirtschaftlichkeit

Die Umrüstung von Fahrzeugen auf Erdgasbetrieb ist möglich. Die Kosten dafür belaufen sich auf 4.000 bis 5.000 €.

Allerdings können aus technischen Gründen nur Otto-Motoren umgerüstet werden; bei Dieselmotoren ist dies nicht möglich.

Eine Umrüstung von schweren LKW wie Müllfahrzeugen, Kippern oder Kehrmaschinen scheidet somit aus, weil die kompletten Motoren mit unverhältnismäßig hohen Kosten ausgetauscht werden müssten.

Auch bei einer Neuanschaffung von schweren LKW scheiden erdgasbetriebene Fahrzeuge aus, weil die Mehrkosten in Verbindung mit den geringen Vorteilen bei den Verbrauchskosten, den Nachteilen beim Wiederverkauf und dem geringeren La-devolumen durch die zusätzlichen Gastanks keine wirtschaftlichen Vorteile ergeben.

Für PKW und Kleintransporter mit Otto-Motoren kann der Erdgasbetrieb wirtschaftlich sein. Dies ist von der Höhe der Mehrkosten, insbesondere aber von der Fahrleistung der Fahrzeuge abhängig.

Die derzeitigen Kraftstoffpreise betragen

Für Erdgas	55 Cent/kg,
für Diesel	90 Cent/l und
für S.-Benzin	110 Cent oder 1,10 €/l.

1 Kilogramm Gas entspricht 1,34 Liter Benzin.

Die Mehrkosten bei der Neuanschaffung von Erdgasfahrzeugen belaufen sich auf 3.000 bis 7.000 €, eine Umrüstung kostet ca. 4.000 bis 5.000 €.

Die derzeit eingesetzten Kleintransporter in verschiedenen Bereichen erreichen durchschnittlich eine Fahrleistung von 10.000 km p.a., PKW's liegen geringfügig darunter.

Bei einem unterstellten Verbrauch von 10 Litern auf 100 km und einem Benzinpreis von 1,10 €/je Liter kostet ein Benzinfahrzeug 11 €/100 km.

Ein Gasfahrzeug hat einen vergleichbaren Verbrauch von 7,5 kg; es kostet bei 55 Cent/kg 4,13 €/100 km.

Die Ersparnis beträgt 6,87 €/100 km.

Um die durchschnittlichen Beschaffungsmehr- bzw. Umrüstungskosten von 4.500 € zu erwirtschaften, müsste ein Gasfahrzeug eine Laufleistung von rd. 65.500 km erbringen. Bei gefahrenen 10.000 km pro Jahr ist dieses Ziel nach rd. 6,5 Jahren er-

reicht. Weil allerdings die Fahrzeuge regelmäßig nach 8 Jahren abgeschrieben und ersetzt werden, ist das Einsparpotential nur geringfügig.

Entsprechend des geringeren Preisunterschiedes zwischen Diesel und Gas von 35 Cent erhöht sich der Amortisierungszeitraum sogar auf rd. 14,5 Jahre.

Die Siegener Versorgungsbetriebe gewähren Neukunden einen Zuschuss in Form des kostenlosen Tankens von Gas für ein Jahr oder des Gegenwertes von max. 1.500 kg Gas.

Bei der jährlichen Laufleistung von 10.000 km und einem Verbrauch von 7,5 kg/100 km beträgt der Vorteil 750 kg Gas oder 412,50 €

Wenn sich die durchschnittlichen Beschaffungsmehr- bzw. Umrüstkosten um diese Summe reduzieren, amortisieren sich diese Kosten bereits nach einer Laufleistung von rd. 59.500 km oder rd. 6 Jahren. In den restlichen Betriebsjahren würden geringere Kraftstoffkosten gegenüber einem Benzinbetrieb in Höhe von 1.374 € (10.000 km x 6,87 € : 100 km x 2) entstehen.

Wenn sich allerdings die Fahrleistung, wie bei einem Fahrzeug der Fall, auf nur 15.000 km erhöht, haben sich die Mehrkosten im Benzin/Gasvergleich bereits- den o. g. Zuschuss eingerechnet- nach 4 Jahren amortisiert und führen in der Restlaufzeit zur Kostensenkung aufgrund geringerer Kraftstoffkosten von 687 € jährlich, bezogen auf 4 Jahre mithin von insgesamt 2.748 €

Der Zuschussvorteil reduziert allerdings die Amortisierungslaufzeit gegenüber dieselbetriebenen Fahrzeugen lediglich von rd. 14,5 Jahren auf 13,3 Jahre. Damit ist ein gasbetriebenes Fahrzeug gegenüber einem dieselbetriebenen Fahrzeug unwirtschaftlich.

Die mit Diesel betriebenen städtischen Kleintransporter sollten deshalb auch zukünftig mit Dieselmotoren ausgestattet werden.

Vor- und Nachteile des Erdgasbetriebs

Die außergewöhnlichen Vorteile eines erdgasbetriebenen Fahrzeugs sind die deutliche Umweltfreundlichkeit und der gegenüber Benzin und Diesel niedrigere Kraftstoffpreis.

Nachteilig sind

- die Beschränkung des Ladevolumens durch den zusätzlichen Gastank,
- die beschränkte Reichweite (allerdings im ausschließlichen Stadtverkehr zu vernachlässigen),
- die Minderung der Motorleistung (von Fachleuten auf 10 – 20 % geschätzt),
- die höheren Wartungskosten (exakte Einstellung des Motors).

Fazit:

1. Der Betrieb von städtischen LKW's und Kleintransportern mit Erdgas ist vor dem Hintergrund des Kosten/Nutzen-Verhältnisses nicht wirtschaftlich.

2. Der Betrieb städtischer PKW's mit Erdgas kann in Abhängigkeit vom Verwendungszweck und der Laufleistung wirtschaftlich sein und sollte deshalb bei Neuanschaffungen weiterverfolgt werden.

3. Eine Umrüstung vorhandener Fahrzeuge ist – bezogen auf die Lebensdauer und Laufleistung – nicht rentabel.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Bonstein

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Umwelt
Bearbeitet von: Frau Krämer

Datum
13.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

28.01.2003

Betreff:

Baumschutz im Stadtgebiet Siegen;

hier: - Jahresbericht der städt. Baumkommission

- Jahresbericht über die Umsetzung der städt. Baumschutzsatzung

Jahresbericht der städt. Baumkommission

Die städt. Baumkommission wurde im Jahre 2002 zu insgesamt neun Terminen einberufen, um über von der Verwaltung beantragte Baumbeseitigungen vor Ort zu beraten und Beschlussempfehlungen zu treffen. Die nachstehende Zusammenstellung gibt einen Überblick über Art und Umfang der beseitigten Bäume sowie der beschlossenen Ersatzpflanzungen:

Termin der Baumkommission	Anzahl der entfernten Bäume		Pflege- und Verjüngungsschnitte	Anzahl der Ersatzpflanzungen		
	Laubbäume	Nadelbäume		Laubbäume	Nadelbäume	Sträucher
14.02.2002	54	11	1	45	-	65
21.03.2002	-	-	-	-	-	-
20.06.2002	27	19	1	39	-	30
10.07.2002	-	-	-	-	-	-
26.09.2002	69	27	9	20	1	70
10.10.2002	62	38	11	24	-	50
24.10.2002	19	16	2	27	-	6
21.11.2002	23	1	5	1	1	-
19.12.2002	19	-	4	8	-	-
Gesamt	273	112	33	164	2	221

Von den insgesamt 385 entfernten Bäumen wurden 217 (163 Laub- und 54 Nadelbäume) im Rahmen der angegebenen Pflege- und Verjüngungsschnittmaßnahmen beseitigt.

Bei dem übrigen Baumbestand handelte es sich vorwiegend um kranke oder abgängige Exemplare, die aufgrund ihres Standortes und ihres Gesundheitszustandes als Gefahrenbäume angesehen werden mussten und bei denen Sanierungs- oder Sicherungsmaßnahmen nicht mehr erfolgversprechend waren.

Jahresbericht über die Umsetzung der städt. Baumschutzsatzung

Von 444 gestellten Anträgen wurden ca. 5 % von der Verwaltung nach vorheriger Prüfung und Ortsbesichtigung als unbegründet bzw. zumutbar abgelehnt. In 28 Fällen wurde die Beseitigung von Bäumen aufgrund von geplanten Baumaßnahmen beantragt und größtenteils auch genehmigt.

Insgesamt wurde für 971 Bäume (437 Laub- und 534 Nadelbäume) eine Ausnahmegenehmigung bzw. Befreiung nach § 6 der Baumschutzsatzung erteilt. 41 % des betreffenden Baumbestandes mussten aus unterschiedlichen Gründen als stark geschädigt oder abgestorben eingestuft werden. Zudem wurden weitere 44 % als geschädigt bewertet.

218 Vorgänge (49 %) wurden mit der Auflage einer Ersatzpflanzung verbunden (Vergleich 2000: 232 Vorgänge = 66 %; 2001: 174 = 61 %).

Die starke Zunahme der Antragseingänge ist vorwiegend auf die Witterung des Winters 2001/2002 (Schneebruch, Frostschäden) sowie auf die extremen Windereignisse während des vergangenen Jahres zurückzuführen. Ebenfalls resultiert daraus die im Verhältnis zu dem entfernten Baumbestand geringere Zahl der festgesetzten Ersatzpflanzungen.

In Fällen, in denen Ordnungswidrigkeitenverfahren gemäß § 12 der Baumschutzsatzung wegen ungenehmigter Fällung oder unsachgemäßer Behandlung geschützter Bäume eingeleitet wurden, sind zumindest Folgenbeseitigungen (Ersatzpflanzungen) festgesetzt worden.

Jahr	Anzahl der Anträge	davon abgelehnt		Anzahl der Ersatzpflanzungen		Höhe der Ausgleichszahlungen (€)	Anzahl der Ordnungswidrigkeitenverfahren	Ordnungs- und Bußgelder (€)
			in %	Bäume	Sträucher			
1991	75	10	13,33			1.102,86	4	
1992	113	7	6,19			28.271,37	15	603,84
1993	143	11	7,69	121	89	13.852,43	15	270,47
1994	186	15	8,06	194	67	16.624,14	38	1.355,95
1995	198	9	4,54	230	47	2.061,84	22	280,70
1996	221	5	2,26	229	85	731,81	12	159,01
1997	274	8	2,92	305	75	6.218,84	11	0,00
1998	287	21	7,32	410	24	6.661,21	13	767,96
1999	326	16	4,91	337	94	5.865,90	12	210,14
2000	351	28	7,98	413	160	2.858,33	10	716,83
2001	286	27	9,44	298	157	818,07	7	404,43
2002	444	22	4,95	315	195	613,55	2	0,00

Im Auftrag

Schul

Anlagen: keine

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Umwelt
Bearbeitet von: Frau Ermert

Datum
07.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

28.01.2003

Betreff:

**Städt. Bezuschussung von Umweltprojekten;
hier: Sachstandsbericht**

Im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie wurde zuletzt in der Sitzung am 01.03.2002 ein Sachstandsbericht über das städt. Programm zur Förderung von Umweltprojekten externer Gruppen, Verbänden, Schulen und Kindergärten gegeben.

In der Anlage sind nunmehr die bezuschussten Maßnahmen des Jahres 2002 tabellarisch aufgeführt. Zwei über mehrere Jahre laufende Umweltprojekte (Schulgarten / Schulwald des Gymn. Auf der Morgenröthe / Schulgarten Pestalozzi- und Lindenbergsschule), werden ergänzend auf Einzelbögen kurz vorgestellt.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass seit 1991 insgesamt 180 Projekte im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes finanziell in einer Gesamthöhe von 195.903.00 € gefördert wurden. (Tabelle 1)

Jahr	Anzahl bewilligter Zuschüsse	Höhe der bewilligten Zuschüsse in Euro
1991	11	20.290 €
1992	23	47.811 €
1993	25	19.523 €
1994	16	16.486 €
1995	16	11.842 €
1996	14	11.521 €
1997	12	11.154 €
1998	11	5.446 €
1999	13	9.876 €
2000	14	15.996 €
2001	10	12.109 €
2002	14	13.849 €
Gesamt	180	195.903 €

Hiervon nehmen die Schulen im Stadtgebiet mit insgesamt 90 Anträgen den größten Anteil ein. Die Neuanlage, Erweiterung und Unterhaltung von Schulgärten bildete hierbei mit 47 Anträgen den Schwerpunkt, gefolgt mit Projekten zur naturnahen Gestaltung des Schulgeländes (26 Anträge) und sonstigen Umweltprojekten (17 Anträge), wie z.B. Bachpatenschaften, Ausstellungen, Solaranlagen, Fotovoltaikanlagen und Maßnahmen zur Abfallvermeidung. (Tabelle 2)

Verteilung der Zuschussanträge auf unterschiedliche Zielgruppen

Jahr	Schulen	Vereine	Umweltverbände	Umweltprojekte der Verwaltung	Kindergärten	Sonstige
1991-2002	90	20	24	4	35	5

Der seit 1998 jährlich veröffentlichte Wegweiser , "Umweltpädagogik in Siegen" über die Fördermöglichkeiten für Umweltprojekte in Schulen und Kindergärten der allen Schulen als Information bereitgestellt wird, unterstützt hierbei wesentlich die Angebote der Stadt Siegen.

Abschließend kann festgestellt werden, dass durch die Bereitstellung von städt. Zuschüssen zahlreiche laufende Umweltprojekte unterstützt und eine ebenso große Anzahl an Aktionen / Projekten / Maßnahmen überhaupt erst initiiert wurden. Die städt. Umweltaktivitäten konnten so erheblich durch Projekte anderer Gruppen ergänzt werden. Nicht zuletzt die finanzielle Unterstützung erhöht die Bereitschaft in Schulen, Vereinen und Kindergärten, sich in praktischer Form und konkret für die Ziele des Natur- und Umweltschutzes zu engagieren.

Im Auftrag

Schul

Anlagen: Übersicht über bewilligte Zuschüsse in 2002
Einzelbögen

Fachbereich 7
Abt. 7/4 – Umwelt

Anlage 1

Übersicht über die bewilligten Zuschüsse für Umweltschutzmaßnahmen und –projekte

- Jahr 2002 -

Antragsteller	Kurzbezeichnung der Maßnahme	Bewilligter Betrag in Euro
Realschule am Schieß- berg	Anlagen zur Umwelter- ziehung	1.500,00
BUND	Multivisionsschau	1.022,00
Gym. Auf der Morgenröh- te	Schulgarten/-wald	840,00
Kindergarten GHS	Sumpfbeet mit Wasser- lauf	2.284,00
Hauptschule Eiserfeld	Fotovoltaikanlage	2.500,00
Ev. Ki-Tagesstätte am Jung–Stilling-Krankenh.	Wasserpumpe	1.460,00
Waldorfschule	Fotovoltaikanlage	2.000,00
Kindergarten Hengsbach	Umgestaltung Außenge- lände	476,00
Ev. Kindergarten Ypernstraße	Waldprojekt	310,00
AWO Kindergarten Fischbacherberg	Gestaltung Außengelän- de	223,50
Kath. Ki-Garten St. Marien	Hochbeet, Beerensträu- cher	384,00
Ev. Ki-Garten Heinrichstraße	Hochbeete	300,00
Pestalozzi Schule	Pacht, Wasser	300,00
Heimatverein Oberschelden	Zaunanlage am Biotop	250,00
Ev. Kindergarten Nachtigallweg	Hochbeete	128,00
<u>Gesamt</u>		<u>13.849,50 €</u>

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Umwelt
Bearbeitet von: Frau Ermert

Datum
07.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

28.01.2003

Betreff:

**"Grünes Telefon" und Umweltberatung der Stadt Siegen;
hier: Bericht für das Jahr 2002**

Auch im Jahr 2002 wurde die Abteilung Umwelt von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern als Anlaufstelle für Beschwerden, Anregungen und Fragen in Anspruch genommen. Insgesamt gaben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 2.553 Fällen Auskünfte zu konkreten Umweltthemen, wobei allein beim "Grünen Telefon" 2.003 Anrufe eingingen.

Im vergangenen Jahr bildete der Themenbereich Natur- und Artenschutz, Baumschutz mit 990 Anrufen einen Schwerpunkt der Beratungstätigkeit. Auch Fragen zum Thema Abfallwirtschaft veranlassten Bürgerinnen und Bürger zu zahlreichen Anrufen (470) bei der Umweltabteilung.

Die mit 579 Anrufen ebenfalls hohe Anzahl an Kontakten zum Thema "Umweltschutz im Haushalt usw." war in erster Linie auf verschiedene Faltblätter und Presseartikel, die in 2002 erschienen, zurückzuführen.

In der nachstehenden Tabelle wird die Verteilung der Anrufe auf die einzelnen Themenbereiche wiedergegeben.

Stadt Siegen
FB 7/4 - Abt. Umwelt

Fallzahlen Umweltberatung 2002

Fallzahlen aufgeschlüsselt nach unterschiedlichen Themengebieten

Nr.	Themengebiet	Anzahl	%
1.	Abfallwirtschaft	470	18,4
2.	Bodenschutz	31	1,2
3.	Trinkwasser, Abwasser, Gewässerschutz	14	0,5
4.	Luftverschmutzung, Klima	46	1,8
5.	Lärmbelästigung		
6.	Natur- und Artenschutz, Baumschutz	990	38,8
7.	Umweltschutz im Haushalt, Schadstoffe in Innenräumen, Solaranlagen, Regenwasseranlagen	579	22,7
8.	Verschiedenes	423	16,6
Gesamt		2553	100%

Im Auftrag

Schul

Anlagen: keine

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Umwelt
Bearbeitet von: Herrn Dr. Kraft

Datum
08.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

28.01.2003

Betreff:

Tätigkeitsbericht 2002 der Zivildienstleistenden in der Abteilung Umwelt

Der beiliegende Tätigkeitsbericht stellt turnusmäßig die Maßnahmen und Projekte vor, die im Jahr 2002 von den 4 Zivildienstleistenden der Abteilung Umwelt durchgeführt wurden. Die stichwortartige Projektliste wird ergänzt durch eine Übersicht mit den zeitlichen Anteilen der jeweiligen Arbeitsfelder.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass auch im Jahr 2002 zahlreiche Naturschutzmaßnahmen von den Zivildienstleistenden durchgeführt wurden. Hierdurch konnten auch bei Schulen und Kindergärten im Stadtgebiet Anstöße für Projekte zur Umwelterziehung gegeben werden.

Im Auftrag

Schul

Anlagen: Tätigkeitsbericht 2002
Arbeitsfelder der Zivildienstleistenden im Jahr 2002

Fachbereich 7
Umwelt

Auskunft : Dr. Bernhard Kraft
Telefon : 3448
Datum : 08.01.2003

Die Zivildienstleistenden der Abteilung Umwelt - Tätigkeitsbericht 2002 -

Wie in den Vorjahren konzentrierten sich auch im Jahr 2002 die von den 4 Zivildienstleistenden der Abteilung Umwelt durchgeführten Projekte und Maßnahmen überwiegend auf den Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Folgende Einzelmaßnahmen wurden durchgeführt :

1. Schulwald

Gymnasium Auf der Morgenröthe

2. Schulgärten

2.1 Gymnasium Auf der Morgenröthe

3. Kindergärten

3.1 AWO Kindergarten Fischbacherberg

➤ Kräuterspirale

3.2 Kita Jung-Stilling

➤ Kräuterspirale

3.3 Niederschelden, Heinrichstraße

➤ Obstbäume, Weidenzelt erneuern

3.4 Kindergarten Zinsenbach

➤ Anlage eines Feuchtbiotops

4. Entsiegelung von Baumscheiben

➤ Eiserfeld, Freiengründer Straße

➤ Eiserfeld, Hallenbad

➤ Siegen, Rosterstraße

5. Wiesenmahd

- Eiserfeld, Lindenstraße
- Siegen, Giersbergstraße
- Geisweid, Reckhammer Straße
- Sohlbach, Langenbachtal
- Volnsberg, Breitenbacher Straße
- Niedersetzen, Talaue
- Niederschelden, Pocheweier
- Trupbach, Hannesmännchen
- Obersetzen, Sportplatz
- Langenholdinghausen, Olper Straße
- Oberschelden, Kniewiesenstraße
- Achenbach, Im Langenseifen
- Weidenau, Talstraße

6. Amphibienschutz

- 6.1 Eiserfeld , Helsbachtal,
Siegen, Leimbachstraße
Obersetzen, Unglinghauser Straße
 - Krötenzäune errichten, betreuen und abbauen
- 6.2 Eiserfeld, Helsbachtal
Gosenbach, Denkmalsweg
 - Auf- und Abbau nächtlicher Straßensperren (1.März – 15.April)

7. Gehölzrückschnitt

- Bürbach, Feuchtbiotop
- Sohlbach, Langenbachtal
- Siegen, Giersberg „Tiergarten“

8. Pflege / Ergänzung von Obstwiesen

- Seelbach, Sonnenhangschule
- Siegen, Giersberg
- Kaan-Marienborn
- Hengsbach
- Hubach
- Siegen, Lindenberg
- Siegen, Am Jähen Hain
- Eisern
- Trupbach
- Oberschelden
- Eiserfeld, Gesamtschule

9. Beseitigung wilder Müllkippen

- diverse im Stadtgebiet

10. Stollensicherung

- diverse im Stadtgebiet

11. Anbringen von Nistkästen im Stadtgebiet für

- Wasserramseln
- Hornissen
- Fledermäuse
- Singvögel
- Greifvögel (Turmfalke, Schleiereule)

12. Nistkastenkontrolle

im gesamten Stadtgebiet

13. Bau von Nistkästen

14. Entfernung von Herkulesstauden

- Eisernbach (Eisern / Eiserfeld)
- Sieg (Eiserfeld/Niederschelden)
- Ferndorf (Weidenauer Krankenhaus)
- Achenbach

15. Sonstige Tätigkeiten

- Wagenpflege
- Gerätepflege und –wartung
- Winterdienst

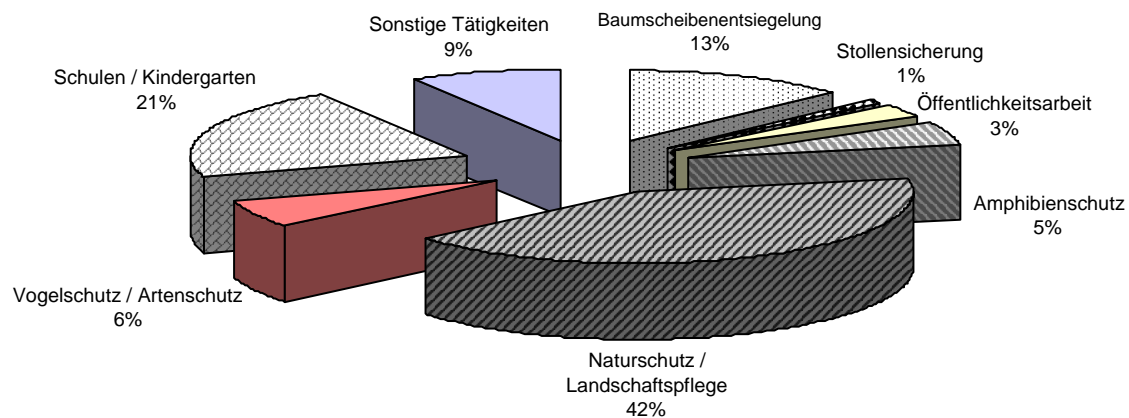
16. Öffentlichkeitsarbeit

- Auf- und Abbau diverser Ausstellungen in Rathäusern und Schulen
- Verteilung von Infobroschüren und Wurfzetteln
- Betreuung der städtischen Korkensammlung in Rathäusern und Schulen
- Ausleihe umweltpädagogischer Materialien an Schulen und Kindergärten
- Vorbereitung städtischer Umweltveranstaltungen, z.B. Obstbaumaktion

17. Pflege von Feuchtbiotopen

- Bürbach, Rünthe
- Feuersbach, Dorfteich

Dr. Kraft

Arbeitsfelder der Zivildienstleistenden im Jahr 2002

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Umwelt
Bearbeitet von: Frau Krämer / Herrn Dr. Kraft

Datum
13.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

28.01.2003

Betreff:

**Sitzung der städtischen Baumkommission am 19.12.2002;
hier: Beschlussempfehlungen**

In der beiliegenden Niederschrift sind die von der städtischen Baumkommission in ihrer Sitzung am 19.12.2002 getroffenen Empfehlungen zur weiteren Behandlung städtischer Bäume und Gehölzflächen aufgeführt.

Sie werden hiermit gemäß § 6 Absatz 4 der „Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Siegen“ vom 16.06.1998 (Baumschutzsatzung) in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 29.11.2001 dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen zur Kenntnis gegeben.

Im Auftrag

Schul

Anlagen: 1

Stadt Siegen
Fachbereich 7
Abt. 7/4 - Umwelt
68.80.07/2.2

Siegen, den 20.12.2002

N i e d e r s c h r i f t
über die 24. Sitzung der städtischen Baumkommission
am 19.12.2002

Beginn der Sitzung: 13.40 Uhr
Ende der Sitzung: 16.40 Uhr

Teilnehmer:

Herr Schlabach	-	CDU als Vorsitzender
Herr Müller	-	SPD
Herr Vetter	-	UWG
Frau Nauck	-	FDP
Frau Gelling	-	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Hoffmann	-	LNU
Herr Düber	-	Fachbereich 8 - Grünflächen
Herr Fischer	-	Fachbereich 8 - Grünflächen
Herr Dr. Kraft	-	Fachbereich 7 - Umwelt, zugleich als Schriftführer

Vor Eintritt in die Tagesordnung äußerte Herr **Schlabach** sein Unverständnis über die Kritik des Ausschussmitgliedes Kubosch an der Arbeit der Baumkommission in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie am 12.12.2002. Er stellte fest, dass die Baumkommission durchaus kritisch mit den Vorschlägen der Verwaltung umgehe. Bei Gefahrenbäumen könne aber oftmals nur eine Fällung als notwendige Maßnahme in Frage kommen. Er wies den von Herrn Kubosch unterstellten leichtfertigen Umgang der Baumkommission mit städtischen Bäumen strikt zurück.

Herr **Müller** schloss sich den Argumenten von Herrn Schlabach an und betonte, man solle die Einzelmeinung des Herrn Kubosch nicht überbewerten.

Frau **Gelling** erkannte im Grundsatz keinen Widerspruch zwischen der Arbeit der Baumkommission und dem Ansinnen von Herrn Kubosch. Beide seien bestrebt, Bäume so weit wie möglich zu erhalten und zu pflegen. Erst wenn dies nicht mehr in einem vertretbaren Verhältnis zum Aufwand, zur örtlichen Situation und zur Lebenserwartung des Baumes möglich sei, komme für beide eine Fällung in Frage. Auch die Baumkommission wolle zuerst Bäume erhalten und müsse deshalb eigentlich „Baumschutzkommission“ genannt werden.

Auch Frau **Nauck**, Herr **Hoffmann** und Herr **Vetter** schlossen sich der Argumentation der Vorredner an. Sie verwiesen darauf, dass die Verwaltung oft bereits im Vorfeld private Anträge auf Fällung städtischer Bäume ablehne und gar nicht erst der Baumkommission vorlege. Herr Vetter verband seine Ausführungen mit der Bitte, künftig noch mehr als bisher alternative Möglichkeiten zu prüfen, bevor über die Fällung eines Baumes beschlossen werde.

Herr **Düber** betonte, dass die Aspekte der Verkehrssicherungspflicht und der Verantwortlichkeit für die Verwaltung eine herausragende Bedeutung haben. Er wies darauf hin, dass im Schadensfall die Kenntnis vorhandener Baumschäden vom Gericht für eine Zuweisung der Schuldfrage und mögliche Strafbemessungen ausschlaggebend sei. Unterschiedliche Auffassungen über die Behandlung geschädigter Bäume sollten deshalb ausführlich und ergebnisorientiert in der Baumkommission erörtert werden, bevor sie in den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie getragen werden.

Abschließend unterbreitete Herr Düber den Vorschlag, eine Informationsveranstaltung mit einem Baumsachverständigen für die Mitglieder der Baumkommission durchzuführen und die Problematik anschließend an konkreten Bäumen vor Ort nachzuvollziehen. Dieser Vorschlag stieß auf allgemeine Zustimmung.

Sodann hatten die Mitglieder der Baumkommission zu folgenden Tagesordnungspunkten Beschlussempfehlungen zu treffen:

TOP 1 - Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 21.11.2002

Die Niederschrift über die o.g. Sitzung der Baumkommission wurde einstimmig bei einer Enthaltung genehmigt.

TOP 2 - Mitteilungen der Verwaltung

- Herr Düber teilte mit, dass an der Breitenbacher Straße erneut zwei Birken von Unbekannten gefällt wurden. Die entstandene Lücke solle durch Ersatzpflanzungen wieder aufgefüllt werden.
- Herr Düber informierte darüber, dass zur Zeit die Hochspannungstrasse entlang der Eiserfelder Straße vom RWE freigeschnitten wird.
- Weiterhin berichtete Herr Düber, dass von der Grünflächenabteilung versehentlich ein Baum in der Heinrich-Hebel-Straße, Oberschelden gefällt wurde. Die Entfernung des Baumes sei in einer Sitzung der Baumkommission im Jahr 2000 abgelehnt worden und wurde aufgrund eines internen Kommunikationsproblems irrtümlich gefällt. Er schlug vor, an gleicher Stelle eine Linde als Ersatz zu pflanzen. Er entschuldigte sich für das Versehen und sagte zu, dass derartige Vorfälle in Zukunft vermieden werden.

TOP 3 - Linde; Sedanstraße / Sohlbachbrücke

Die Mitglieder der Baumkommission vertraten einvernehmlich die Auffassung, dass die angegebenen Gründe zur Beseitigung des Baumes nicht akzeptiert werden können. Eine vorherige Information der Grünflächenverwaltung und der Baumkommission sei in jedem Falle möglich gewesen, zumal nach Auskunft von Herrn Düber Maßnahmen zum Schutz des Baumes vorher ebenfalls mit ausgeschrieben wurden. Die Verwaltung wurde beauftragt, eine Wertermittlung des total beschädigten Baumes durchzuführen und den Schaden dem Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen oder der beauftragten Baufirma in Rechnung zu stellen.

Da der Baum durch die Bauarbeiten so stark geschädigt wurde, dass seine Standicherheit nicht mehr gegeben ist, war die Baumkommission mit der Entfernung des Baumes einverstanden.

TOP 4 - Esche; Wilhelm-Siebel-Weg, Gosenbach

Vor Ort und nach Erläuterung durch die Verwaltung stimmte die Baumkommission der Entfernung der Esche zu, da diese aufgrund baubedingter Wurzelschäden, einer einseitigen Krone und einer Rissbildung im Stamm als Gefahrenbaum einzustufen ist. Die Verwaltung wurde beauftragt, den Heimatverein Gosenbach anzuschreiben und auf die vermeidbare Beschädigung des Wurzelwerks der Esche hinzuweisen.

Als Ersatz ist die Pflanzung einer Wildkirsche vor Ort vorgesehen.

TOP 5 - Roteiche, Denkmalsweg Nr. 27, Gosenbach

Vor Ort stimmte die Baumkommission einstimmig der Entfernung zu, da diese einen Pilzbefall am Stammfuß, starke Kronenschäden und bereits einen erheblich reduzierten Zuwachs aufweist und durch die Gefahr weiterer Astabbrüche das angrenzende Wohnhaus gefährdet.

Als Ersatz ist die Pflanzung eines heimischen Laubbaumes in Gosenbach vorgesehen.

TOP 6 - Ahorn; Am Rosengarten oberhalb Am Honigsmund Nr. 46, Niederschelden

Nach einer Ortsbesichtigung stimmte die Baumkommission einstimmig der Entfernung des Ahornbaumes im Rahmen eines Pflege- und Verjüngungsschnittes zu, da dieser aufgrund eines Pilzbefalls und der Gefahr von Astausbrüchen als Gefahrenbaum einzustufen ist.

Ersatzpflanzungen sind nicht vorgesehen, da der Gehölzbestand insgesamt erhalten bleibt.

TOP 7 - 5 Weiden, Bühlstraße ab Haus-Nr. 110, (Richtung Eiserfeld, talwärts) Eiserfeld

Nach einer Ortsbesichtigung stimmte die Baumkommission der Entfernung der 5 Weiden im Zuge eines Pflege- und Verjüngungsschnittes zu, da diese einen Dichtstand zur Straße hin aufweisen und die Gefahr durch Schneebruch und Windwurf besteht.

Ersatzpflanzungen sind nicht vorgesehen, da der Baumbestand insgesamt erhalten bleibt.

TOP 8 - 4 Kastanien, 1 Zierkirsche; Bühlstraße 8, Bereich EW, Eiserfeld

Vor Ort stimmte die Baumkommission dem Vorschlag der Verwaltung zu, den vorliegenden Bürgerantrag auf Fällung der o.g. Bäume abzulehnen. Die durch die Bäume hervorgerufenen Einschränkungen der Nutzbarkeit des Bürgersteiges wurde als nicht ausreichend für eine Beseitigung des Baumbestandes angesehen.

TOP 9 - Ahorn; Eiserfelder Straße 263

Nach Ortsbesichtigung und Erläuterung durch die Verwaltung bestand Einvernehmen in der Baumkommission darüber, dass eine Entfernung des o.g. Baum erst im Zuge eines eventuellen Ausbaus des Zufahrtsweges in Frage kommen kann. Der vorliegenden Eingabe eines Anliegers wurde somit nicht entsprochen.

TOP 10 - 2 Zuckerahorn; Werksgelände ESI (Besucherparkplatz)

Vor Ort stimmte die Baumkommission bei einer Gegenstimme der Entfernung der auf dem Parkplatz stehenden 2 Ahornbäume zu, da diese durch Starkastausbrüche und Faulstellen im Ast- und Stammbereich bereits stark geschädigt sind und der Rest der Baumkronen ausbruchgefährdet ist. Sie stellen somit Gefahrenbäume dar.

Als Ersatz ist die Pflanzung von 5 heimischen Laubbäumen (Ahorn, Linde, Hainbuche) im Parkplatzbereich vorgesehen.

TOP 12 - 9 Pappeln; Karl-Barth-Straße, Siegen-Dreisbach

Nach Vortrag der Verwaltung stimmte die Baumkommission einstimmig der Entfernung von 9 Pappeln im Zuge eines Pflege- und Verjüngungsschnittes zu, da diese aufgrund ihres zu dichten Standes und ihres Standortes in einer Böschung als windwurfgefährdet einzustufen sind.

Ersatzpflanzungen sind nicht vorgesehen, da der Gehölzbestand insgesamt erhalten bleibt.

TOP 11, 13-15, 17-20

Die o.g. Tagesordnungspunkte wurden aus Zeitgründen bis zur nächsten Sitzung der Baumkommission zurückgestellt.

TOP 16 - 2 Linden; Brüderweg vor Haus Nr. 147 und 185, Kaan-Marienborn

Herr Hoffmann führte ergänzend aus, dass auch er nach einer eingehenden örtlichen Überprüfung den Baum vor Haus-Nr. 147 aufgrund seines ausgeprägten Faulherdes im Stamm als Gefahrenbaum ansehe, der dringend entfernt werden müsse.

Dieser Einschätzung schlossen sich auch die übrigen Mitglieder der Baumkommission an und stimmten einstimmig der Entfernung der Linde zu.

Als Ersatz sind 2 Linden im Zuge des Ausbaues des Brüderwegs zu pflanzen.

Bezogen auf den vor dem Gebäude Brüderweg Nr. 185 stehenden Baum wurde die Verwaltung beauftragt, einen Baumgutachter hinzuziehen, um eine weitere fundierte Aussage über die Relevanz der festgestellten Stammschäden für die Standsicherheit der Linde zu erhalten.

TOP 21 - Pflege- und Verjüngungsschnitt; In der Parbach, gegenüber Haus Nr. 26, Trupbach

Nach Vortrag der Verwaltung stimmte die Baumkommission der Entfernung einer Fichtenreihe (Stammumfänge < 80 cm) im Zuge des geplanten Pflege- und Verjüngungsschnittes zu.

Ersatzpflanzungen sind nicht vorgesehen, da der Gehölzbestand insgesamt erhalten bleibt.

TOP 22 - Verschiedenes

- Bezugnehmend auf TOP 21 der Baumkommissionssitzung am 21.11.2002 bat Frau Gelling um eine ergänzende schriftliche Begründung für die Entfernung der vier Eschen an der Achenbacher Straße. Herr Düber erläuterte die Gründe, die für die Fällung der Bäume ausschlaggebend waren und verwies darauf, dass diese Maßnahme ausdrücklich durch einen Beschluss der Baumkommission am 20.06.2002 gedeckt waren. Insofern verwies er auf die entsprechende Niederschrift und auf die Beantwortung einer gleichlautenden Anfrage zur Ratssitzung am 27.10.2002. Da die Gründe zur Entfernung der Bäume eindeutig in der Niederschrift aufgeführt wurden, kam die Baumkommission mehrheitlich überein, dass keine weitere Stellungnahme der Verwaltung erforderlich ist.
- Bezugnehmend auf die Behandlung des TOP 3 (Linde, Sedanstraße/Sohlbachbrücke) beauftragte die Baumkommission die Verwaltung, durch geeignete Maßnahmen künftig einen besseren Baumschutz bei Baustellen der Stadt und den Versorgungsunternehmen zu erreichen. Herr Düber sagte zu, diesbezüglich eine Vorlage mit konkreten Verbesserungsvorschlägen der Baumkommission vorzulegen.
- Als Termin für die nächste Baumkommission wurde einvernehmlich vereinbart:

Donnerstag, der 23.01.2003
Treffpunkt: Betriebsgebäude Fludersbach

Schlabach
Vorsitzender

Dr. Kraft
Schriftführer